

Fazit

Während in Tunesien und Ägypten die ersten Wahlen nach dem Sturz der Diktatoren bevorstanden, sinnierte der iranische Revolutionsführer im September 2011 öffentlich über die Frage nach, ob die Islamische Republik tatsächlich einen direkt gewählten Staatspräsidenten brauche oder ob dessen Wahl nicht auch über den Umweg des Parlaments vorstellbar sei. Damit zog Khamenei offenbar sein persönliches Fazit aus den Entwicklungen der zuvorgehenden Jahre. Die Präsidentschaftswahlen 2009 hatten bis dato kaum vorstellbare Proteste gegen das Regime ausgelöst, bei denen auch Khameneis Porträt mit Füßen getreten wurde. Als Wunschkandidat der Machtelite hatte Ahmadinezhad nur mittels Manipulation und gewaltsamen Repressionen auf seinem Posten gehalten werden können, erwies sich im Anschluss allerdings nicht gerade als loyaler Gefolgsmann. Bestrebt seine eigene Machtbasis auszubauen, geriet der Präsident in Konflikt mit den anderen Gruppierungen des konservativen Lagers und scheute selbst vor einer Konfrontation des übermächtigen Führers nicht zurück. Im März 2011 besetzte Ahmadinezhad den Schlüsselposten des Geheimdienstministers mit einem seiner Mitstreiter und nötigte Khamenei damit zu einer direkten Intervention. Trotz der ausdrücklichen und öffentlichen Anweisung des Führers nahm er die Nominierung erst nach längerem Zögern wieder zurück. Derart unbequemen Herausforderungen schien Khamenei in Zukunft aus dem Wege gehen zu wollen. Die zur Sprache gebrachte Verfassungsänderung hätte die Entscheidungsgewalt noch effizienter in den Händen des *vali-ye faqih* konzentriert und das autoritäre System in Iran auch konstitutionell untermauert. In jedem Fall aber brachte der Revolutionsführer deutlich sein Verlangen zum Ausdruck, jegliche Teilhabe an politischer Macht einer ebenso strikten wie direkten Kontrolle zu unterwerfen.¹

Muss also fortan ausgerechnet das Land, in dem erstmals eine der jungen Freiheitsbewegungen der Region ausbrach und damit den Ideen eines von Internetanwendungen getragenen politischen Wandels so deutlichen Antrieb gab, als Beispiel

1 „Khamenei’s power consolidation gambit“, Al-Jazeera Online vom 11.11.2011.

für das Scheitern solcher Umbrüche gelten? Belegt der Fall Iran die begrenzte politische Schlagkraft des Internets? Natürlich nicht. Vielmehr soll hier noch einmal die Bedeutung einer umfassenden Kontextualisierung unterstrichen werden, geht es um Aussagen zu Leistungen und Wirkungen digitaler Medien in politischen Wandlungsprozessen. Diese Arbeit hat einen solchen differenzierten Ansatz verfolgt und die Nutzung des Internets durch Irans Reformbewegung untersucht. Die Vertreter dieser breiten gesellschaftlichen und politischen Strömung haben in den letzten fünfzehn Jahren mit Forderungen nach mehr Partizipation und Bürgerrechten den autoritären Machtanspruch der konservativen Führungsriege herausgefordert. Unter Verwendung von Ansätzen der Transformationstheorie konnten diese Akteure als konfliktorientierte Gruppen eingestuft werden, die auf einen Wandel des politischen Systems hinwirken. Desweiteren wurden anhand der theoretisch begründeten Kommunikationsbedürfnisse von konfliktorientierten Akteuren mögliche Beiträge des Internets zu deren Handeln diskutiert: Bildung von Gegenöffentlichkeiten, Vernetzung und Stärkung des Zusammenhalts, Mobilisierung von Anhängern und Unterstützung. Diesen Vorannahmen ist die Arbeit mit einer explorativen Vorgehensweise und unter enger Verflechtung der kritisch-analytischen Interpretation von Forschungsmaterialien mit dem soziopolitischen Kontext nachgegangen.

Gezeigt wurde zunächst, dass das politische System der Islamischen Republik einer mehrschichtigen Legitimationskrise unterliegt. Religiöse und ideologische Grundlagen sind nach dem Tode des Staatsgründers Khomeini allmählich erodiert. Die Performanz des Systems wird durch Misswirtschaft und Korruption sowie zunehmend auch durch Sanktionen in Frage gestellt. Die republikanischen Elemente der Verfassung haben mit dem Scheitern der Reformregierung mehr und mehr an Glaubwürdigkeit verloren, weil eine klerikale Kernelite in den Schlüsselbastionen des Regimes die Handlungsfähigkeit von Parlament und Regierung ausgehöhlt hat. Die Manipulation der Wahlen 2009 und die anschließende gewaltsame Unterdrückung der Demonstrationen haben auch den letzten Anschein einer demokratischen Legitimation des Systems durch das Volk beseitigt. Als einzig denkbarer Legitimationsbereich, den sich die autoritäre Machtelite noch verstärkt erschließen könnte, scheint der iranische Nationalismus zu verbleiben.

Die Stabilität des Regimes beruht damit zuvorderst auf seiner Fähigkeit zur Repression. Diese wird durch einen ausgedehnten Sicherheitsapparat, eine systemtreue Judikative und die Einbindung der Revolutionsgarden in die Führungsriege gewährleistet. Die Zusammensetzung der strategischen Gruppen an der Spitze des Regimes hat sich in den letzten Jahren verschoben. Der Einfluss der alten Revolutionselite und des traditionellen Klerus ist zugunsten einer Allianz aus ultrakonservativen Politikern und Revolutionsgarden zurückgegangen, die an einer starken Führungsrolle des *vali-ye faqih* festhalten. Sie dominieren das Gewaltmonopol und die zentralen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, über religiös-ideologische Propagandaorganisationen und die *Bassij* können sie Teile der Bevölkerung mobilisieren.

Demgegenüber bestehen die konfliktorientierten Gruppen aus einer Fraktion reformorientierter Vertreter der politischen Elite sowie der zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung. Das politische Reformlager verteidigte die Möglichkeit einer demokratischen Ausgestaltung der bestehenden Verfassung. Durch Wahlteilnahme und Arbeit in den Institutionen sollten die republikanischen Elemente des Systems gestärkt und die Partizipation der Bevölkerung gefördert werden. Dieser Ansatz konnte allerdings einen Machtgewinn autoritärer Kräfte nicht verhindern. Zwar haben die Repression und Ausgrenzung durch die Ultrakonservativen die politischen Standpunkte der Reformpolitiker geschärft und den Schulterchluss mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gefördert. Doch gleichzeitig schränkte Unentschlossenheit in Bezug auf den Umgang mit dem politischen System und der Verfassung die Konfliktfähigkeit der Reformen ein. Während der Wahlkrise bremsten sie das gesellschaftliche Protestpotential und verhinderten so eine Eskalation des Konflikts. Die Ursache hierfür liegt sicherlich in den Erfahrungen aus der Revolutionszeit und der Sorge vor Anarchie und Chaos, die einem abrupten Umsturz der Machtverhältnisse folgen könnten. Diese historische Prägung ist somit ein entscheidender Faktor im iranischen Transformationsprozess und stellt einen zentralen Unterschied zu den Ländern des Arabischen Frühlings dar.

Die iranische Zivilgesellschaft wurde als eine entscheidene Triebkraft des politischen Wandels eingeschätzt. Gesellschaftliche Entwicklungen nach der Revolution festigten die Stellung und Bedeutung der modernen urbanen Mittelschichten, die mehr politische und soziale Freiheiten sowie Teilhabe an politischer Entscheidungsgewalt und wirtschaftlichen Ressourcen verlangen. Diese Forderungen werden vor allem von Intellektuellen, Journalisten und zivilgesellschaftlichen Aktivisten vertreten. Sie haben Vorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten für den iranischen Kontext adaptiert und daraus erste programmatische Alternativen zum bestehenden System und dem politischen Islam entwickelt. Die Auseinandersetzung mit dem repressiven Staat hat innerhalb der Zivilgesellschaft neue Formen der Solidarität erzeugt und interne Debatten gefördert, aus denen in Abgrenzung von den hegemonialen Ansprüchen der autoritären Machthaber eine demokratisch orientierte politische Kultur gewachsen ist.

Damit konnten drei wesentliche Faktoren für einen Systemwechsel aufgezeigt werden: eine Legitimationskrise des autoritären Systems, konkurrierende Akteursgruppen innerhalb der politischen Elite und eine lebendige Zivilgesellschaft. Dem entgegen steht allerdings das Repressionspotential des Regimes, das die Aktivitäten und den Öffentlichkeitszugang der Reformbewegung immer mehr einschränken konnte. Die Konfliktfähigkeit der Reformbewegung wurde zudem durch den Mangel an kohärenter Führung und Organisationsstruktur geschwächt. Vor allem offene soziale Bewegungen und Aktivistengruppen wurden von der gemeinsamen Ablehnung der derzeitigen Machthaber sowie normativen Vorstellungen wie Demokratie und Menschenrechte zusammengeführt. Da konfliktorientierte Akteure hauptsäch-

lich aus der gebildeten Mittelschicht stammen, verfügen sie über weitreichende Kompetenzen, um ihre Standpunkte öffentlichkeitswirksam zu artikulieren. Hieraus ist in den letzten zehn Jahren die politische Bedeutung des Internets entstanden.

Die theoretischen Vorüberlegungen haben die Rolle von Kommunikation und Medien in Prozessen politischen Wandels hervorgehoben. Für eine erfolgreiche Realisierung ihrer Ziele sind konfliktorientierte Akteure auf einen von Medien getragenen Informations- und Meinungs-austausch angewiesen. Nur so können sie alternative Vorstellungen und Programmatiken entwickeln, ideologische Geschlossenheit und kollektive Identität herstellen, die Positionen dominanter Akteure hinterfragen sowie Anhänger und Unterstützung mobilisieren. In Iran erscheint dies umso dringlicher, als der autoritäre Staat den institutionellen und organisatorischen Handlungsspielraum von Reformbewegung und Zivilgesellschaft immer mehr eingeschränkt hat. Infolgedessen haben die konfliktorientierten Gruppen netzwerkartige und offen strukturierte Bewegungen gebildet, von denen die derzeitigen Machtverhältnisse diskursiv herausgefordert werden. Diese Akteure verteidigen neben den jeweiligen inhaltlichen Forderungen immer auch die Informations- und Meinungsfreiheit als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg ihrer Aktivitäten. Sie stehen in einer ständigen Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat, der alle Möglichkeiten zur öffentlichen Artikulierung von Dissens zu kontrollieren sucht.

Die Bedingungen für die Ausbreitung und Nutzung des Internets in Iran weisen bis auf wenige Einschränkungen eine positive Bilanz auf. Innerhalb der Region hat Iran einen relativ hohen Entwicklungsstand. Bildung, Urbanisierung und Pro-Kopf-Einkommen schaffen in der Bevölkerung eine große Gruppe an potentiellen Nutzern. Die überwiegend junge Bevölkerung steht modernen Kommunikationstechnologien offen gegenüber, hinzu kommt ein verbreitetes Interesse an Alternativen zu den staatlich kontrollierten Medien. Die zwischenzeitlich liberalisierte Presse konnte einen authentischen Informations- und Meinungs-austausch fördern und zur Entstehung einer neuen Generation von Journalisten beigetragen. Somit geweckte Kommunikations- und Informationsbedürfnisse wurden nach der autoritären Regression und den Zeitungsschließungen teilweise über das Internet abgedeckt. Hemmend auf die Internetentwicklung wirkte hingegen der Mangel an Förderung und Management durch den Staat. Dieser versuchte dennoch seine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung bei der Ausbreitung der neuen Technologie durchzusetzen. Besonders deutlich zeigte sich dies im Bereich der Zensur, die damit zum größten Hindernis der Internetanwendung wurde: gedrosselte Verbindungen, gefilterte Inhalte und Einschränkung der Meinungsfreiheit im Netz. Gleichzeitig setzten die strategischen Gruppen das Internet zu Realisierung eigener Interessen ein, etwa im Bereich der politischen Kommunikation und Propaganda oder bei der Überwachung politischer Gegner. Iran erscheint damit als moderner autoritärer Staat, der die Vorteile der neuen Kommunikationstechnologien nutzt, unerwünschte Anwendungen aber so weit wie möglich einzugrenzen sucht.

Im Bereich des politischen Informations- und Meinungsaustauschs hat das Internet grundsätzlich zu einer Bereicherung der Informationslandschaft beigetragen. Verschiedenste iranische Onlinemedien übermitteln Nachrichten, Analysen und Kommentare. Im Ausland produzierte Webseiten fördern den Austausch mit der Diaspora und geben exilierten Journalisten eine Möglichkeit zur Fortführung ihrer Profession. Innerhalb des Landes erstellte Nachrichtenseiten spiegeln deutlich die Fraktionierung der politischen Elite wider und bilden ein Instrument der politischen Kommunikation. Im Sinne von Wolfsfelds Ansatz zur Rolle von Medien in politischen Auseinandersetzungen bieten diese Nachrichtenseiten den politischen Akteuren einen direkten Medienzugang, über den sie Informationsfluss und Bedeutungszuschreibungen gemäß ihrer jeweiligen Interessen beeinflussen können. Damit haben die Differenzen innerhalb der Elite mehr Öffentlichkeit und zusätzliche Dynamik erhalten. Die Arbeit hat gezeigt, dass dies besonders relevant in Bezug auf die Rivalitäten im konservativen Lager war. Die mehr oder weniger öffentlich ausgeprägten Uneinigkeiten ihrer Opponenten verschafften den konfliktorientierten Akteuren der Reformbewegung im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads zusätzliche Handlungsmotivation für eine Herausforderung der Regierung.

Während die strategischen Gruppen Onlinemedien als Ergänzung zu anderen Medien angenommen haben, sind sie für die reform- und demokratieorientierten Akteure eine notwendige Plattform. Diese Bedeutung resultiert aus der autoritären Überwachung von Presse und Massenmedien. Das Internet bildet damit einen wichtigen alternativen Kommunikationskanal. In Ermangelung anderer Kommunikationswege haben Webseiten, Blogs und später auch soziale Netzwerke neue Möglichkeiten der internen und externen Kommunikation für konfliktorientierte Akteure eröffnet. Wie theoretisch ausgeführt müssen politische Herausforderer alternative Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft und kollektive Identitäten entwickeln, um die Positionen dominanter Akteure zu hinterfragen und Unterstützung zu mobilisieren. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten, mit denen der blockierte Zugang zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit kompensiert wird. Einerseits werden hier interne Debatten geführt, gemeinsame Ideen und Werte verhandelt und damit eine demokratisch orientierte Diskussionskultur praktiziert. Über diesen partizipativen Aspekt hinaus können Herausforderer aus den Gegenöffentlichkeiten heraus auch Versuche der Delegitimierung einflussreicherer Gegner unternehmen, Anspruch auf politischen Einfluss erheben und insgesamt ihre Konfliktorientiertheit deutlich machen.

Die Untersuchung der Onlinemedien der Reformbewegung hat gezeigt, wie diese verschiedene Nachrichtenseiten zur Veröffentlichung von Informationen und politischen Standpunkten nutzte. Die auf diesem Wege verbreiteten Inhalte und Themen wurden außerdem von Weblogs aufgegriffen, dort vertiefend diskutiert, aber auch rückwirkend beeinflusst. Die Arbeit konnte zeigen, wie Blogger auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagierten, diese kommentierten und erörterten. Aus

dem Umfeld der Reformbewegung traten dabei vor allem Journalisten, Intellektuelle und öffentlichkeitsorientierte Blogger als Meinungsführer auf, die den stattfindenden Informations- und Meinungsaustausch stimulierten und lenkten. Als Schlüsselfiguren der iranischen Zivilgesellschaft beanspruchten sie aktiv ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und verinnerlichte grundlegende Werte einer demokratisch geprägten politischen Kultur. Auf diese Art entstehende Debatten widmeten sich gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen mit beständiger Aufmerksamkeit und brachten neue Themen, Ansichten und Kritik zur Sprache. In begrenztem Maße ermöglichten sie dabei auch eine Verständigung zwischen den unterschiedlichen Standpunkten innerhalb der konfliktorientierten Akteure, wie die Analyse der Debatte um Wahlteilnahme und Boykott verdeutlicht hat.

Darüber hinaus suchen die Reformer als konfliktorientierte Akteure über ihre Onlinemedien auch eine diskursive Herausforderung der Machtverhältnisse. Die Analyse der Webseite *Emruz* machte deutlich, wie die Reformbewegung im Internet ein eigenes Framing der politischen Realität entwickelt hat. Der Diskurs zu den Kommunalwahlen lieferte Problemdefinitionen und moralische Wertungen, durch die der politische Gegner delegitimiert und unter den eigenen Anhängern ein gewisser Zusammenhalt hergestellt werden sollte. Gleichzeitig wurden bewegungsintern gemeinsame Standpunkte und Strategien ausgehandelt. Um ein kohärentes Auftreten zu ermöglichen, betonten die Texte der Webseite zudem beständig die identitären Wurzeln der Reformbewegung. Schließlich wurden auch Lösungsvorschläge für die aufgezeigten Problemstellungen entworfen und eine gewisse Handlungsmotivation im Sinne der Bewegungsziele erzeugt. Der untersuchte Diskurs wies also alle typischen Merkmale eines Framings durch Herausforderer auf. Dies unterstreicht noch einmal die Rolle, die derartige Onlinemedien für die interne und externe Kommunikation der Reformbewegung spielen. Das Internet eröffnet eine Plattform, über die die Reformer ihre Opponenten in Frage stellen und zugleich eigene Positionen aushandeln können. Die Reichweite dieser alternativen Gegenöffentlichkeit ist zwar auf eine Informationselite begrenzt. Doch diese kann solcherart übermittelte Inhalte aufnehmen und in andere Kommunikationssphären tragen. Insofern können Onlinemedien eine Basis für die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten mit eingeschränkter Reichweite, aber hoher Qualität und Intensität bieten.

Neben Beiträgen zur Bildung von Gegenöffentlichkeit haben die theoretischen Vorüberlegungen außerdem mögliche Wirkungen des Internets auf die Vernetzung und die internen Strukturen von konfliktfähigen Gruppen thematisiert. Diese müssen für eine erfolgreiche Herausforderung dominanter Akteure unter ihren Anhängern Motivation und Geschlossenheit aufrechterhalten. Organisationsgrad und Führung durch anerkannte Persönlichkeiten gelten ebenfalls als wichtige Erfolgsbedingungen. Die Arbeit konnte deutlich machen, dass das Internet den unterschiedlichen Vertretern der Reformbewegung vor allem in Phasen hoher autoritärer Repression einen Rückzugsort bot und eine Fortführung ihrer Aktivitäten ermöglichte. Die

Frauenbewegung beispielsweise konnte im Laufe der ersten Amtszeit von Ahmadi-nezhad über themenzentrierte offene Netzwerke neue Formen des Aktivismus entwickeln, über die sie sich an die veränderten politischen Rahmenbedingungen anpasste. Ein wesentlicher Teil der dazu notwendigen Kommunikation lief über das Internet. So konnte eine Isolation der Aktivistinnen verhindert und eine Abstimmung über Inhalte und Strategien der Bewegung aufrecht erhalten werden. Auch im Falle der Grünen Bewegung hielten die mehr und mehr von der Öffentlichkeit abgeschotteten Oppositionsführer über Onlinemedien und soziale Netzwerke Kontakt zu ihren Anhängern. Mussavi und Karrubi konnten rasch auf politische Entwicklungen reagieren und ihre Kommuniqués verbreiten. Sie sind nachweislich auf die in den Gegenöffentlichkeiten des Internets artikulierten Anregungen von Anhängern eingegangen und haben diesen Austausch auch gesucht. Darüber hinaus haben sowohl Frauen- als auch Grüne Bewegung über das Internet verschiedene Formen des Ausdrucks von Zusammenhalt und Solidarität entwickelt, welche die kollektive Identität der Bewegung stärkten. Über Webseiten, Blogs und Facebook konnte Beistand für inhaftierte Mitstreiter, Zugehörigkeit zu einer Kampagne oder die Unterstützung einer bestimmten Forderung deutlich gemacht werden. Schließlich intensivierte die Kommunikation im Netz die Kontakte zwischen Aktivisten im In- und Ausland. Dies erscheint im Zuge der zunehmenden Exilierung von Vertretern der Reform- und Demokratiebewegung besonders relevant. Über das Internet können die Verbindungen nach Iran sowie zwischen den über verschiedene Exilländer verteilten Aktivisten der Grünen Bewegung aufrechterhalten werden. Somit wird ein Informationsaustausch gewährleistet, der auch zukünftig für die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen konfliktorientierten Akteuren der Oppositionsbewegung eine große Rolle spielen dürfte.

Insofern erwuchs die Bedeutung des Internets für den Zusammenhalt der konfliktorientierten Akteure vor allem dem Druck und der Überwachung durch den autoritären Staat, der institutionalisierte Formen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus und der politischen Oppositionsarbeit zunehmend unmöglich machte. Im Gegenzug entstanden flexible und weniger hierarchische Strukturen, durch die die Frauenbewegung und die Grüne Bewegung widerstandsfähiger gegen Repression wurden. Gleichzeitig öffneten sie sich dem Engagement ihrer Anhänger, die in größerer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit agierten. Aufgrund der Rolle des Internets bei diesen Entwicklungen zählen hinter der älteren Generation der Reformakteure nunmehr Blogger, Journalisten und andere junge zivilgesellschaftliche Aktivistinnen zu den prägenden Kräften der iranischen Demokratiebewegung. Einschränkend gilt jedoch anzumerken, dass die beschriebenen flexiblen Strukturen den konfliktorientierten Akteuren zwar den Fortbestand und sogar eine Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten ermöglichten, jedoch nicht die Erfolgsfaktoren der formalen Institutionalisierung, kohärenten Organisation und Führung aufwiegen konnten. Die politische Reformbewegung büßte mit der Beseitigung ihrer organisatorischen Grund-

lagen (Parteien, Printmedien) durch die strategische Machtelite an Gestaltungsmacht und Mobilisierungskraft ein. In ihrer Fortführung in der Grünen Bewegung konnte sie dem repressionsbereiten und gut organisierten Regime keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzen. Geht es also um Machtkonflikte und Verhandlungen auf politischer Ebene, die im Zuge einer angestrebten Systemveränderung natürlich eine zentrale Rolle spielen, kann über die offenen, vom Internet unterstützten Netzwerke allein nicht genug Druck und Einfluss aufgebaut werden.

Neben den beschriebenen Wirkungen des Internets auf die Bildung von Gegenöffentlichkeiten und die Entwicklung flexibler Netzwerke erscheint sein Einfluss auf die politische Mobilisierung von Herausforderern – ein weiterer Erfolgsfaktor konfliktorientierten Handelns – eher begrenzt. Es ist klar, dass das Internet eine lebendige Presse oder die Massenmedien Rundfunk und Fernsehen nicht ersetzen kann. Die gesellschaftliche Breitenwirkung des Internets bleibt trotz des beachtlichen Anstiegs der Nutzerzahlen in Iran eingeschränkt. Hemmend wirken sowohl die Faktoren des digitalen Grabens als auch die Zensur und Kontrolle durch den autoritären Staat. Selbst in den raren Momenten einer tatsächlichen Massenmobilisierung, etwa im Sommer 2009, war das Internet ein Kommunikationsmittel neben anderen, wie Mobiltelefon und Mundpropaganda, die eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung von sozialem Protest spielen. Damit bleibt das Netz vorerst ein Medium für die Kommunikation von veränderungswilligen Akteuren, die ohnehin politisch aktiv sind und auf diesem Weg ihre Handlungsfähigkeit erhalten und verbessern.

Gleichwohl hat die Arbeit Formen der Mobilisierung von Unterstützung und Anhängern gezeigt, die erst durch das Internet ermöglicht wurden. Dabei handelt es sich vor allem um kurzzeitige und themenzentrierte Kampagnen, etwa die Abwehr von Internetzensur oder die Verteidigung inhaftierter zivilgesellschaftlicher Akteure. Der Frauenbewegung ist es gelungen, Anhänger über Onlinekampagnen zu ausgewählten Aktionen zu mobilisieren. Der wichtigste Aspekt von Mobilisierung über das Netz ist jedoch auf der Ebene der transnationalen Kommunikation zu suchen. Über das Internet ist es konfliktorientierten Akteuren wiederholt gelungen, eine internationale Öffentlichkeit anzusprechen und auf die Repression durch den autoritären Staat aufmerksam zu machen. Dies wurde besonders im Zuge der Wahlproteste mit der Informationsverbreitung über die sozialen Medien deutlich. Unter Mitwirkung von unzähligen einzelnen Internetnutzern und Mitgliedern sozialer Netzwerke, die als Bürgerjournalisten agierten, konnten der Ablauf der Ereignisse und die Repressionen durch die Machthaber dokumentiert werden. Auf Basis resonanzfähiger Normen wie den Menschenrechten konnte somit über den Umweg der internationalen Öffentlichkeit Druck auf die Machtelite im Land ausgeübt werden. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme über „Bumerang-Effekte“ sind allerdings im Kontext der internationalen Stellung des Regimes zu verorten: Ohnehin außenpolitisch isoliert zeigte das iranische Regime weniger Zurückhaltung bei der Unterdrückung

ckung von Demonstrationen als die von westlicher Unterstützung abhängigen Machthaber in Tunesien und Ägypten.

Mit Hinblick auf die theoretisch begründeten Erfolgsbedingungen für die Handlungen politischer Herausforderer entfaltet das Internet also unterstützende Wirkungen vor allem in den Bereichen der Entwicklung von Gegenöffentlichkeiten und der Formierung von Zusammenhalt und kollektiver Identität. Der unmittelbare Einfluss auf das Mobilisierungspotential konfliktorientierter Akteure erscheint indes (noch) begrenzt. Demzufolge spielen Internetanwendungen in Prozessen der politischen Transformation eine Rolle bei der allmählichen Entwicklung von Widerstand gegen bestehende Machtverhältnisse und der anfänglichen Herausforderung autoritärer Machthaber. Für den weiteren Verlauf eines Systemwechsels können direkte Effekte schwer ausgemacht werden, da signifikante Faktoren, die den Erfolg konfliktorientierter Akteure bestimmen, durch das Internet kaum Beeinflussung erfahren: Organisationsgrad, Führung und Mobilisierungsfähigkeit der konfliktorientierten Gruppen sowie das Repressionspotential auf Seiten der strategischen Gruppen. Überträgt man diese Erkenntnisse auf das im Theorieteil dargestellte Hegemonie-Modell, so wird deutlich, dass die Wirkung des Internets besonders im anfänglichen Aufbau einer Gegenhegemonie liegt, die Gramsci mit der Formierung gemeinschaftlicher Solidaritäten innerhalb der Zivilgesellschaft beschreibt. Das Internet hat in Iran in den letzten zehn Jahren den Prozess der Formierung alternativer politischer Vorstellungen und einer alternativen politischen Kultur unterstützt, die im Gegensatz zu den Machtansprüchen des autoritären Regimes stehen. Die von der modernen Mittelklasse getragene heterogene Demokratiebewegung hat in den Kommunikationsphären des Internets Rückhalt gefunden und sich dort weiterentwickeln können. Die nächsten Schritte bei der Herausbildung einer Gegenhegemonie bis hin zum tatsächlichen Wandel – kollektive Organisation sowie letztendliche Übertragung neuer Norm- und Wertvorstellungen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene – hat das Internet bislang nur begrenzt unterstützt. Nachteilig wirkten die begrenzte gesellschaftliche Reichweite sowohl des Internets als auch des Mobilisierungspotentials der Reform- und Demokratiebewegung, die beide nicht die ärmeren Schichten der Bevölkerung erreichten. Die Repressionsbereitschaft und Institutionalisierung des autoritären Regimes sind ebenfalls entscheidende Faktoren, die einem politischen Wandel entgegenwirken. Zukünftig gilt es zu beobachten, wie sich sowohl die fortschreitende Entwicklung und Verbreitung des Internets als auch Veränderungen des soziopolitischen Kontexts (z. B. Aufbrechen der Herrschaftskoalition, Ausdehnung von Opposition gegen das Regime in der Bevölkerung, internationale Einflüsse) auf die hier gewonnenen Erkenntnisse zur Rolle des Internets in der politischen Transformation Irans auswirken.

